



Herausgegeben
von der Pressestelle
der Evangelischen
Kirche in Deutschland (EKD)
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover
Tel.: (0511) 2796-268/269/265/267
Fax: (0511) 2796-777

Originaltext

"Friede als Aufgabe der Kirche, der Staaten und der Religionen"

**Präses Nikolaus Schneider,
Vorsitzender des Rates der EKD**

Vortrag in der deutschen Gemeinde in Genf am 6. April 2011:

Im Jahr 1795 veröffentlichte der Königsberger Philosoph Immanuel Kant sein Buch "Vom ewigen Frieden". Im Gang der Argumentation weist er implizit und am Ende des Buches ganz explizit die Auffassung ab, der ewige Friede könne eine bloße, leere Idee sein. Dieser Friede sei, so Kant, keine leere Idee, sondern "... eine Aufgabe, die, nach und nach aufgelöst, ihrem Ziele [...] beständig näher kommt." Der Friede ist also eine Aufgabe, und zwar eine solche, die gelöst werden kann. Er ist somit kein Werk des Sisyphos, nicht einmal eines glücklichen, um es mit Camus zu sagen. Er ist vielmehr ein Werk für jedermann, für jede und jeden von uns. Der Friede ist eine Aufgabe der einzelnen Menschen, der Staaten und der Kirchen. Und ich füge hinzu: Er ist selbstverständlich auch eine Aufgabe für die Vertreter nicht-christlicher Religionen. Der Friede geht uns alle an. Aber reden wir zunächst einmal von uns selbst, also von den Christen.

I. Der Friede als Aufgabe der Christen und Kirchen

Der Friede ist nach unserem christlichen Selbstverständnis eine Aufgabe für Christen und Kirchen. Er ist aber nicht nur Aufgabe, er ist vielmehr zuerst und vor allem Gabe. Der Friede wird uns geschenkt, nämlich der Friede Gottes. So vollzieht sich die Denkbewegung in unserer Friedensdenkschrift aus dem Jahr 2007. Ihr Titel zeigt diese Bewegung an: "Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen". Der primäre Ort des Friedens ist für Christen dabei der Gottesdienst. In ihm erfahren sie die den Frieden schenkende Nähe Gottes. Predigt und Liturgie erschließen den Frieden Gottes, der höher ist als alle Vernunft, aber der Vernunft auch nicht widerspricht, sondern ihr neue Perspektiven eröffnet. Auf diese Weise werden der Vernunft auch neue Handlungsmöglichkeiten eröffnet, die sowohl für den einzelnen Menschen wie für den Staat Relevanz gewinnen können. Kirche lädt durch den Gottesdienst schließlich Menschen ein, sich auf den Weg des Friedens zu begeben.

Um dies exemplarisch an einem kirchlichen Handlungsfeld zu veranschaulichen: bereits in den Einrichtungen der Elementarbildung begegnen sich verschiedene Kulturen und Religionen, und es gilt einzuüben, dass sie auf friedliche und freundliche Weise miteinander umgehen lernen. Wer den "Kampf der Kulturen" (Samuel P. Huntington) vermeiden will, der muss von Anfang an den Dialog der Kulturen führen - im Bereich der Elementarbildung, aber ebenso auch in den Schulen, in der Konfirmanden- und Jugendarbeit, im Wachstumsfeld der Freiwilligendienste, in den Einrichtungen der Erwachsenenbildung - ja, überall dort, wo Kirche die Menschen erreicht. Immer und überall ist sie gefordert, die Menschen an das "Licht aus der Höhe" zu erinnern, dass sie dazu befähigt, ihre "Füße auf den Weg des

Friedens" zu richten (vgl. Lukas 1, 78f). Deshalb ist der Friede eine Gabe Gottes und eine Aufgabe für die Menschen, der sich die Kirche als Bildungsinstitution auf allen Ebenen zu stellen hat. Sie will durch ihre Angebote Gewissen bilden und zur Gewissensbindung einladen, damit der Frieden tief im Menschen selbst eine Verankerung finden kann.

In der aktuellen Friedensdenkschrift heißt es hierzu: "Wer aus dem Frieden Gottes lebt, tritt für den Frieden in der Welt ein. Das christliche Friedenszeugnis konkretisiert sich in Verkündigung und Gottesdienst, in Bildung und Erziehung, im Eintreten für das Grundrecht der Gewissensfreiheit, für Versöhnung statt Vergeltung und für einen gerechten Frieden als Leitbild einer kooperativen Weltordnung. Friede ist ein – immer erneut zu gewährleistender – Prozess der Förderung der Freiheit, des Schutzes vor Gewalt, des Abbaus von Not und der Anerkennung kultureller Verschiedenheit. Er basiert auf der Fähigkeit, unausweichliche Konflikte konstruktiv bearbeiten zu können. Die Einübung in diese Fähigkeit beginnt im alltäglichen Leben der Menschen. Vertrauensbildung und Verständigungsversuche sind Wege dazu." (Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen, Gütersloh 2. Aufl. 2007, S.124)

II. Der Friede als Aufgabe der Staaten und der Staatengemeinschaft

Der Friede ist eine Aufgabe der einzelnen Staaten und der Staatengemeinschaft. Ob er deshalb auch schon der Inbegriff der Politik selbst ist, wie Dolf Sternberger vor einem Vierteljahrhundert ("Die Politik und der Friede", Frankfurt am Main 1986) meinte, steht dahin. Auf jeden Fall ist er ein vorrangiges Ziel und eine prioritäre Aufgabe für die Staatenwelt, wie das schon Immanuel Kant in seiner eingangs bereits genannten visionären Friedensschrift von 1795 mit den Begriffen des "Völkerrechts" und des "Völkerbundes" beschrieben hat. Kant antizipierte damit ja das heute vorhandene und in der UNO-Charta niedergelegte Völkerrecht. Dessen Artikel 1 beschreibt sehr differenziert die Aufgabe, die sich damit in der Gegenwart stellen:

"Artikel 1

Die Vereinten Nationen setzen sich folgende Ziele: 1. den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu wahren und zu diesem Zweck wirksame Kollektivmaßnahmen zu treffen, um Bedrohungen des Friedens zu verhüten und zu beseitigen, Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche zu unterdrücken und internationale Streitigkeiten oder Situationen, die zu einem Friedensbruch führen könnten, durch friedliche Mittel nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit und des Völkerrechts zu bereinigen oder beizulegen;

2. freundschaftliche, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker beruhende Beziehungen zwischen den Nationen zu entwickeln und andere geeignete Maßnahmen zur Festigung des Weltfriedens zu treffen;

3. eine internationale Zusammenarbeit herbeizuführen, um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten für alle ohne Unterschied der Rasse, des Geschlechts, der Sprache oder der Religion zu fördern und zu festigen."

Als Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) unterstützen wir dieses große Projekt der Weltgemeinschaft der Staaten und erwarten und erhoffen uns von ihm den entscheidenden Beitrag zur Wahrung, Förderung und Erneuerung des Weltfriedens. Für uns ist die UNO heute die wichtigste multilaterale Institution mit globaler Reichweite. Ihre Zuständigkeit umfasst neben der Friedenssicherung jedoch auch den Menschenrechtsschutz, die Entwicklungshilfe, den Umweltschutz, ferner auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fragen. Manchmal wird den Vereinten Nationen ein Versagen als Gesamtorganisation angelastet, obwohl dies vor allem den ständigen Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrats zuzurechnen ist, so etwa, wenn diese nicht bereit sind, ihrer Verantwortung für den Weltfrieden rechenschaftspflichtig nachzukommen – wie im Falle von Ruanda, Kosovo, Tschetschenien, Darfur und andernorts.

Unterhalb der Ebene der UNO sind aber auch multilaterale Organisationen von begrenzter regionaler, politischer oder rechtlicher Reichweite - wie die NATO, die KSZE oder die Europäische und die Afrikanische Union - jedenfalls dann von Bedeutung bei der weltweiten Sicherung des Friedens, wenn sie den vom Völkerrecht gesetzten Rahmen respektieren und nach seinen Regeln wirken. Grundsätzlich gilt dabei: Universal geht vor multilateral, und multilateral geht vor unilateral.

Von solch grundsätzlichen Überlegungen ausgehend, hat die EKD in ihrer Friedensdenkschrift - anknüpfend an den biblischen Friedensbegriff, an klassische theologische Friedenskonzeptionen und an philosophische Überlegungen auf der Linie Immanuel Kants - eine Kriteriologie für eine Ethik rechtserhaltender Gewalt entwickelt. Damit ersetzte sie das alte Leitbild vom „Gerechten Krieg“ durch das neue Leitbild vom „Gerechten Frieden“, das die Friedensdenkschrift prägt.

Die in ihr enthaltenen Kriterien lassen sich im Blick auf die Grenzen des rechtserhaltenden militärischen Gewaltgebrauchs konkretisieren. Sie ziehen Grenzen für das Selbstverteidigungsrecht der Völker: Die Anwendung von Massenvernichtungsmitteln wie Nuklearwaffen sind ethisch in der Gegenwart nicht zu rechtfertigen. Grenzen gibt es auch bei der kollektiven Schutzverantwortung bei innerstaatlichen Bedrohungen. Hierbei spielt als Kriterium ein von der UNO erteiltes Mandat eine ganz entscheidende Rolle. Ohne Mandat sollten Interventionen unterbleiben. Im Kosovo 1999 und im Irak 2003 lag keine Mandatierung durch die UNO vor. Das war im Falle Afghanistans 2001 und ist im aktuellen Fall Libyen anders. Aber auch wo ein Mandat vorliegt, muss in jedem Einzelfall abgewogen werden, ob ein Staat sich an einer Intervention in einem anderen Staat beteiligen sollte. Gilt es, ein Menschheitsverbrechen zu verhindern wie einen Genozid, ein Massaker an ethnischen Gruppen oder einen Massenmord an Minderheiten? In diesem Falle - aber eben auch nur in diesem Falle - ist die Weltgemeinschaft unbedingt zum Handeln verpflichtet. Auch alle internationalen bewaffneten Friedensmissionen sind Grenzen unterworfen. So gilt etwa, dass militärische Maßnahmen jederzeit Bestandteil einer kohärenten Friedenspolitik unter dem Primat des Zivilen bleiben müssen (Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen, Ziffer 118, S.78).

Die seitens der EKD spezifizierten und differenzierten Kriterien einer Ethik rechtserhaltender Gewalt dienen somit dazu, dem Einsatz militärischer Gewalt klare Grenzen zu setzen. Gewalt ist der Ausnahmefall, ist "ultima ratio", ein Grenzfall, der Grenzfall bleiben muss. Prävention geht stets vor Intervention, und Ziviles hat Vorrang vor dem Militärischen.

Das sind Grundsätze, die aus der Idee des neuen Leitbildes vom "gerechten Frieden" folgen. Dieses Leitbild, das als "vision of a just peace" in diesem Frühjahr auch auf der Friedenskonvokation des Ökumenischen Rates der Kirchen auf Jamaika diskutiert werden.

So lässt sich an dieser Stelle festhalten: Die EKD tritt ein für den gerechten Frieden und die Überwindung von Gewalt. Sie steht für den Vorrang der zivilen Konfliktbearbeitung vor der militärischen Gewalt. Sie macht sich stark für Prävention und ist skeptisch gegenüber Interventionen in fremde Staaten und Kulturen. Sie vertritt den Grundsatz: "Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten" anstelle des aus der Antike überkommenen Prinzips "Si vis pacem, para bellum!". Die Friedenskonvokation des Ökumenischen Rats der Kirchen zeigt, dass immer mehr christliche Kirchen sich für das neue Leitbild öffnen und sich von ihm überzeugen lassen.

III. Der Friede als Aufgabe der Religionen

Wenn nur die Christen für den Frieden auf der Welt eintreten würden, stünde es schlecht um ihn. Aber es gibt auch in den anderen Religionen, und ich rede hier von den fünf großen Weltreligionen, - Gott sei Dank! - eine tiefe Sehnsucht nach dem Frieden. Auch der Islam,

auch das Judentum, auch Hinduismus und Buddhismus lehren, dass der Weltfriede ein hohes Gut ist. Ich betone das, weil es insbesondere angesichts des gewaltbereiten islamistischen Terrorismus, der sich in den Terroranschlägen des 11. September 2001 öffentlich zeigte, bei vielen Christen den Eindruck gibt, der Islam oder andere Weltreligionen seien deutlich weniger am Frieden interessiert als das Christentum. Das ist aber ein Irrtum.

An dieser Stelle ist es wichtig, zwischen der Weltreligion Islam einerseits, dem Islamismus als einer politisierten, fundamentalistischen Interpretation dieser Religion andererseits und schließlich dem gewaltbereiten und auf Zerstörung ausgerichteten islamistischen Terrorismus zu unterscheiden. Auch gilt es, die Motive der Attentäter und ihrer Hintermänner zu kennen. Aus deren Sicht stehen die Terroranschläge gegen zivile Ziele als Krieg des Islams gegen „den Westen“, gegen „Juden und Kreuzfahrer“ in der Tradition des Dschihad, verstanden als religiös motivierte gemeinsame Anstrengung zur Verteidigung und Ausbreitung des Islam. Der Terror ist in dieser Perspektive ein Kampf gegen die Ungläubigen, der sich auch gegen die „Ungläubigen“ unter den Muslimen richtet. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass dieser Legitimation des Terrorismus in den vergangenen Jahren weltweit sehr viele Muslime zum Opfer gefallen sind. Wie Muslime hervorheben, beruft sich die propagierte religiöse Begründung des Terrorismus zu Unrecht auf die ursprünglichen islamischen Traditionen. Schon der Grundbegriff des „Dschihad“ ist jedenfalls nicht einfach synonym mit „Heiliger Krieg“, sondern meint ganz allgemein eine „Anstrengung auf dem Wege Gottes“. Diese kann die eigene moralische Vervollkommnung, den Kampf gegen Hunger, Durst oder Krankheiten ebenso wie eine Alphabetisierungskampagne umfassen. Die meisten islamischen Regierungen und Menschen muslimischen Glaubens lehnen vor diesem Hintergrund einen sich auf den Gedanken des Dschihad berufenden Terror ab.

Worauf es ankommt, ist daher, dass wir erkennen: Für keine der großen Weltreligionen besteht ein notwendiger oder gar unvermeidlicher Zusammenhang zwischen Religion und Gewalt. Doch trägt häufig die Verbindung kultureller und religiöser Faktoren mit anderen, machtpolitischen, sozialen oder ökonomischen Anliegen zum Ausbruch von Gewalt oder zur Eskalation von Konflikten bei. Solche Konflikte können sich zwar religiös artikulieren oder können religiös legitimiert werden, haben aber in aller Regel weder religiöse noch kulturelle Ursachen. Religion ist vielmehr das Medium, mit dem einfache und schnelle Lösungen dieser Konfliktlagen angeboten werden können. Die Gewaltanwendung erlangt eine „höhere“ Legitimation und Menschen lassen sich tiefer binden und einfacher zu rücksichtsloser Gewaltanwendung anstacheln.

Dabei ist immer in Rechnung zu stellen, dass es Konflikte nicht nur oder sogar nicht einmal vorrangig *zwischen* Kulturen und Religionen gibt, sondern dass auch *innerhalb* von Kulturkreisen und zwischen Vertretern ein und derselben Religion heftige Spannungen bestehen und Auseinandersetzungen stattfinden können. Dass auch Christenmenschen sich in den letzten zweitausend Jahren im Hinblick auf die Anwendung und Ausübung von zerstörerischer Gewalt nicht selten auf der Täterseite befanden, gehört zu den traurigen Aspekten der Geschichte unserer eigenen Religion, die zu einer selbstkritischen Aufarbeitung dieser Geschichte nötigen und auch Anlass geben, immer neu nach Möglichkeiten und Wegen einer nachhaltigen Überwindung von Gewalt und der Stiftung des Friedens zu suchen.

Sehr interessantes Material für die These, dass alle Weltreligionen das Potenzial haben, zum Weltfrieden beizutragen, liefert die Dissertation von Markus Weingardt: "Religion Macht Frieden: Das Friedenspotential von Religionen in politischen Gewaltkonflikten" (2007). Weingardt belegt etwa an dem Gewaltkonflikt in Ruanda im Jahr 1994, dass es gerade die Muslime unter den Hutu und Tutsi waren (und nicht etwa die Christen), die in diesem Konflikt auf Verständigung und Versöhnung setzten und Gewalt ablehnten.

Andererseits zeigt ein Blick auf Europa und insbesondere Deutschland, dass es zwar sehr viele "zivile Friedensdienste" mit christlichem Hintergrund gibt (allein die

"Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden" zählt 35 Mitgliedsorganisationen), andererseits bisher aber eher wenige zivile Friedensdienste mit einem islamischen oder jüdischen Hintergrund. Ich persönlich halte zivile Friedensdienste für ein besonders geeignetes Instrument, um Frieden einzuüben, weil alle Aspekte menschlichen Handelns und Denkens in den Friedensdiensten thematisiert werden und außerdem vor allem jungen Menschen die Möglichkeit angeboten wird, in fremden Ländern gemeinsam mit anderen Jugendlichen im Alltag zu buchstabieren, was Frieden bedeutet.

Von daher dürfen wir mit guten Gründen gemeinsam mit Immanuel Kant davon ausgehen, dass der Friede eine Chance hat. Er hat diese Chance, weil er viele Wurzeln hat: bei Christen und Kirchen, in den Religionen, in den Staaten und Staatengemeinschaften. Und vor allem: in den Herzen der Menschen.